

Dieter Hanauske, Die Berliner Wohnungspolitik in den 50er und 90er Jahren. Aus der Geschichte lernen?, Berlin Verlag Arno Spitz, Berlin 1993, 188 S., brosch., 48 DM.

Die Darstellung bietet leider keinen systematischen Vergleich der wohnungspolitischen Ausgangssituation der Nachkriegszeit in West-Berlin bis zum Mauerbau mit der Problemlage des wiedervereinigten Berlins der frühen 1990er Jahre. Als historischer Hintergrund dient lediglich eine knappe Skizze von 11 Seiten über die 1950er Jahre, basierend auf einer bisher ungedruckten geschichtswissenschaftlichen Dissertation des Verfassers von 1990 (»Bauen, bauen, bauen . . .!«: Die Wohnungspolitik in Berlin (West) 1945-1961, FU Berlin 1990; vom Verfasser angekündigt als Einzelveröffentlichung der Historischen Kommission zu Berlin 1993, bisher noch nicht erschienen). Der Rest des Buches besteht aus Erörterungen über Stadtplanung/Städtebau, Wohnungsbaupolitik und Wohnungsbestandspolitik seit den 1980er Jahren, die für Fachleute und wohnungspolitisch interessierte Laien eine ertragreiche Lektüre darstellen mögen, da sie auf Grundlage eines breiten Spektrums von veröffentlichten Materialien des Statistischen Landesamtes, des Senats und anderer Institutionen, wohnungspolitischer bzw. -wirtschaftlicher Fachzeitschriften sowie der lokalen Tagespresse erfolgen. Daß sich das wiedervereinigte Berlin zu Beginn der 1990er Jahre wohnungspolitisch in einer ähnlichen Ausgangslage wie West-Berlin nach der Spaltung der Stadt befindet – hohes Wohnungsdefizit, dringender Sanierungsbedarf großer Teile der Altbausubstanz, beträchtlicher Finanzierungsbedarf, ungeklärte Eigentumsfragen, Mietenproblematik (S. 24) – und daß es zur jetzigen Senatsstrategie keine grundsätzliche Alternative gibt, scheint danach auf den ersten Blick, wenig überraschend, in mancher Hinsicht plausibel. Die Beantwortung der im Titel gestellten, ohnehin problematischen Frage kann aber mit diesem Band nicht gelingen, da die historische Dimension allzu kurz kommt.

*Axel Schildt, Hamburg*

Stefan Zauner, Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949, Oldenbourg Verlag, München 1994, 351 S., brosch., 78 DM.

Über kein Gebiet der französischen Besatzungspolitik in Deutschland ist so viel geschrieben worden wie über die Bildungs- und Kulturpolitik. Rainer Hudemann hat sie zur »dritten Säule« der französischen Deutschlandpolitik neben der territorialen Sicherheits- und wirtschaftlichen Ausbeutungspolitik erklärt und versuchte so der vorherrschenden Auffassung entgegenzutreten, daß den Franzosen ihr Besatzungsgebiet in erster Linie als »Ausbeutungskolonie« gedient habe. In seiner Tübinger Dissertation über die französische Bildungspolitik in Deutschland in den Jahren 1945–1949 relativiert Stefan Zauner zu Recht die von Hudemann vorgetragene Neubewertung der französischen Besatzungspolitik. Erst Anfang 1948 sei die Bildungs- und Kulturpolitik zur »dritten Säule« der französischen Deutschlandpolitik avanciert. Vielleicht müßte man auch diese These noch einschränken, denn Zauner räumt schließlich selbst ein, daß die französischen Reformpläne nicht sehr erfolgreich waren. Im organisatorischen Bereich habe »wenig mehr als eine gewisse Vereinheitlichung der Gymnasien und ein modifiziertes Zentralabitur in Baden-Württemberg überlebt«. Mehr Widerhall fand die traditionelle Kulturwerbung der Franzosen. Die auf dem Gebiet des Jugendaustausches und der internationalen Begegnungen in Gang gesetzten Initiativen können als Vorläufer des Deutsch-Französischen Jugendwerkes angesehen werden.